

## **Vorlage Stadtparlament**

Datum 16. Mai 2017  
Beschluss Nr. 507  
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

### **Interpellation Andreas Hobi, Andrea Hornstein, Andrea Scheck, Anja Bürkler, Daniel Bertoldo, Etrit Hasler, Susanne Gmünder Braun, Nadine Niederhauser: Einbürgerung in der Stadt St.Gallen: Eine Willkommenskultur aufbauen; schriftlich**

Andreas Hobi, Andrea Hornstein, Andrea Scheck, Anja Bürkler, Daniel Bertoldo, Etrit Hasler, Susanne Gmünder Braun, Nadine Niederhauser und 26 Mitunterzeichnende reichten am 28. März 2017 die Interpellation „Einkürgerung in der Stadt St.Gallen: Eine Willkommenskultur aufbauen“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Der Vorstand der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KKJPD) rief im November 2016 in einem Schreiben dazu auf zu prüfen, ob Massnahmen zur besseren Information von einbürgerungsberechtigten Personen angezeigt sind. Im vom KKJPD-Präsidenten und Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP, Bern) unterzeichneten Brief wird den Kantonen und Gemeinden empfohlen, Bevölkerungskreise aktiv zu ermuntern, das Verfahren zur Einkürgerung baldmöglichst in Angriff zu nehmen. Eine solche proaktive Kommunikation der Behörden in Sachen Einkürgerungsfragen ist jedoch nicht neu. Die Kantone Basel-Stadt und Genf kennen schon länger eine solche Praxis. Sie schreiben Ausländerinnen und Ausländer, welche die gesetzlichen Voraussetzungen betreffend Wohnsitz zur Einkürgerung erfüllen, an und informieren über die Möglichkeit der Einkürgerung sowie das dazugehörige Verfahren.

Ende November 2016 wurde in Luzern ein entsprechendes Postulat eingereicht, in Winterthur im Februar 2017 eine entsprechende Interpellation. Die Stadt Zürich hat entschieden, die rund 40'000 Ausländerinnen und Ausländer, welche die Wohnsitzfristen erfüllen, mit einem Brief einzuladen, sich über die Möglichkeiten zur Einkürgerungen zu informieren.

#### **2 Rechtliche Grundlagen**

Das Einkürgerungsverfahren ist dreistufig. Voraussetzung zur Erlangung des Schweizer Bürgerrechts ist die Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts, des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einkürgerungsbewilligung.

##### **2.1 Eidgenössische rechtliche Grundlagen**

Das Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz, BüG) (SR 141.0) regelt in Art. 15a das Verfahren im Kanton; entsprechend regelt das kantonale Recht das Verfahren im Kanton und in den Gemeinden.

## **2.2 Kantonale rechtliche Grundlagen**

Die Kantonsverfassung des Kantons St.Gallen (sGS 111.1) regelt in Art. 104 das Verfahren der Einbürgerung im Allgemeinen. Gemäss Art. 104 Abs. 1 Kantonsverfassung St.Gallen beschliesst der Einbürgerungsrat über die Erteilung des Gemeinde- und des Ortsbürgerrechts. Er gibt die zur Einbürgerung vorgeschlagenen Personen mittels Link im amtlichen Publikationsorgan der politischen Gemeinde bekannt und legt damit seinen Beschluss mit Informationen über die Eignung der gesuchstellenden Person für die Einbürgerung öffentlich auf.

Das Gesetz über das St.Galler Bürgerrecht (sGS 121.1) legt in Art. 2 die Zuständigkeit für den Vollzug der eidgenössischen und der kantonalen Bürgerrechtsgesetzgebung in den politischen Gemeinden beim Einbürgerungsrat fest. Gemäss Art. 4 schliessen die politische Gemeinde und Ortsgemeinde eine Verwaltungsvereinbarung ab, wenn sie Aufgaben auf politische Gemeinde und Ortsgemeinde aufteilen oder der Ortsgemeinde übertragen. Die politische Gemeinde St.Gallen hat dies getan und mit ihren beiden Ortsgemeinden, St.Gallen und Tablat, eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen.

## **2.3 Kommunale rechtliche Grundlagen**

Gemäss der „Vereinbarung zwischen der Stadt St.Gallen und der Ortsbürgergemeinde St.Gallen/Tablat über Verfahren und Vollzug der Einbürgerungen (Aufteilung der Aufgaben und der Verwaltungskosten zwischen politischer Gemeinde und Ortsgemeinde)“ besteht der Einbürgerungsrat je Ortsgemeinde aus je sechs Mitgliedern: Stadtpräsident resp. Stadtpräsidentin sowie zwei weitere Mitglieder des Stadtrates sowie drei vom Bürgerrat der jeweiligen Ortsgemeinde bezeichnete Mitglieder. Der Einbürgerungsrat leitet und organisiert das Einbürgerungsverfahren. Er erfüllt die ihm mit dem Gesetz über das St.Galler Bürgerrecht vom 8. Juni 2010 (sGS 121.1), der Verordnung über das St.Galler Bürgerrecht vom 19. Oktober 2010 (sGS 121.11) und der Vereinbarung übertragenen Aufgaben, soweit sie nicht an andere Organe delegiert sind.

## **3 Einbürgerungsverfahren Stadt St.Gallen**

In der Stadt St.Gallen übernimmt das Einwohneramt die administrativen Aufgaben im Rahmen des Einbürgerungsprozesses. Interessierte Personen können sich persönlich am Schalter, telefonisch oder schriftlich über das Einbürgerungsverfahren informieren und beraten lassen.

Die Einbürgerungsgesuche werden beim Einwohneramt eingereicht, welches die formellen Voraussetzungen überprüft. Anschliessend führen die Ortsgemeinden die Einbürgerungsgespräche. Diese dienen der Klärung der Integration. Die gesprächsführenden Personen der Ortsgemeinden stellen anschliessend Antrag an den zuständigen Einbürgerungsrat zur Entscheidungsfindung und Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts.

#### **4 Verhältnisse in der Stadt**

In der Stadt St.Gallen nimmt die Anzahl der Einbürgerungsgesuche laufend zu, wie man nachstehender Tabelle entnehmen kann:

Jahr*	2015	2016	2017**
Anzahl Einbürgerungsgesuche	165	178	107

\*in St.Gallen finden zweimal pro Jahr Einbürgerungen statt, 2017 wurde erst ein Termin durchgeführt.

\*\* per Ende März 2017

Aktuell, Stand 10. Mai 2017, erfüllen 8'202 Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt St.Gallen die Voraussetzungen der Wohnsitzdauer (zwölf Jahre Bund, acht Jahre Kanton, vier Jahre Gemeinde) für eine Einbürgerung. Die geänderten Voraussetzungen der Wohnsitzpflicht (zehn Jahre Bund, Kanton und Gemeinde voraussichtlich je fünf Jahre), welche ab 1. Januar 2018 gelten, würden aktuell 8'626 Personen erfüllen.

Vermutet wird, dass die Zunahme der Gesuche unter anderem mit dem Ja zur Ausschaffungsinitiative vom 28. November 2010 zusammenhängt, welche am 1. Oktober 2016 in Kraft getreten ist. Der Entscheid des Kantonsrates vom 24. April 2017, dass ab 1.1.2018 voraussichtlich die maximale Wohnsitzpflicht in der Gemeinde gilt, zeigt sich in der Anzahl Gesuche nicht, da ein Einbürgerungsverfahren in der Regel über ein Jahr dauert.

#### **5 Zu den einzelnen Fragen der Interpellation**

1. Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Informationspraxis in Sachen Einbürgerungsverfahren seitens städtischer Amtsstellen?

Auf der Homepage der Stadt St.Gallen finden sich alle relevanten Informationen zum Thema Einbürgerungen. Das Einwohneramt, die Administration der Einbürgerungen, berät interessierte Personen gerne persönlich am Schalter, telefonisch oder auch schriftlich. Eine wichtige Informationsquelle für die interessierten Personen ist das persönliche Umfeld, hier werden Informationen ausgetauscht. Personen, die sich einbürgern lassen wollen, kennen die Voraussetzungen und müssen nicht von der Verwaltung darauf hingewiesen werden.

Die Willkommenskultur in St.Gallen beginnt bereits beim Umzug in die Stadt; zweimal pro Jahr wird der St.Galler Apéro für Neuzugezogene durchgeführt. Zur Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier werden alle in der Stadt wohnhaften Jugendlichen, welche im entsprechenden Kalenderjahr das 18. Lebensjahr erfüllen, eingeladen, unabhängig ihrer Nationalität. Im Amt für Gesellschaftsfragen gibt es eine Integrationsstelle, welche Zugewanderten, Einheimischen und Institutionen bei Fragen mit Rat und Tat zur Verfügung steht.

2. Unterstützt der Stadtrat die Ansicht des Bundesrates und des Vorstandes der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, dass durch eine proaktive Informationspraxis in Sachen Einbürgerungsverfahren die Zahl der Einbürgerungen erhöht und damit die Integration beschleunigt wird?

Der Stadtrat relativiert diese Ansicht: Viele Personen, welche ein Einbürgerungsgesuch stellen, betonen in den Gesprächen, dass ihnen das Schweizer Bürgerrecht wichtig ist. Eingebürgerte Personen integrieren sich in der Regel besser in der Gesellschaft, können sie doch am politischen Leben teilnehmen. Ob sie von diesem Recht nach Erteilung des Bürgerrechts wirklich Gebrauch machen, wurde in der Stadt St.Gallen bis anhin nicht ausgewiesen. Wie in der Antwort auf Frage 3 ausgeführt wird, ist ein Schreiben gegen Ende der erforderlichen Wohnsitzdauer in der Gemeinde nicht zielführend. Der Stadtrat lebt eine andere Willkommenskultur.

3. Kann sich der Stadtrat vorstellen, im Rahmen proaktiver Kommunikation ausländische Einwohnerinnen und Einwohner, die die gesetzlichen Bedingungen im Rahmen der Aufenthaltspflicht und der Niederlassungsbewilligung C erfüllt haben, persönlich anzuschreiben, sie einzuladen, um ihnen aufzuzeigen, welchen weiteren gesetzlichen Voraussetzungen sie gerecht werden müssen, um sich für das Bürgerrecht bewerben zu können und sie so als künftige Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen zu heissen?

Die Erfüllung der Wohnsichtpflicht ist nur eine von mehreren Voraussetzungen, damit sich eine Person in der Schweiz einbürgern lassen kann. Vielmehr muss die Integration im Zentrum stehen. Eine proaktive schriftliche Kontaktaufnahme müsste sorgfältig konzipiert und formuliert sein, damit keine falschen Erwartungen geschürt werden. Der Hinweis am Ende der jetzt vierjährigen Wohnsitzfrist (die Anfang 2018 auf fünf Jahre erhöht werden soll), dass diese nun auslaufe, kann nicht ernsthaft Ausdruck einer Willkommenskultur sein. Personen, die sich einbürgern lassen möchten, befassen sich viel früher mit dem Thema. Mit viel Freude und Erwartungen erkundigen sie sich früh über die Anforderungen an das Schweizer Bürgerrecht. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass eine Willkommenskultur viel mehr ist als ein blosser Brief. Eine Willkommenskultur muss sich in unserem täglichen Handeln zeigen und im persönlichen Kontakt mit unseren Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund. Willkommenskultur ist ein Ausdruck des Empfangens in einer Stadt und deren Gesellschaft. Hierzu unternimmt die Stadt St.Gallen bereits viel. Der Stadtrat wird diese Kultur weiter pflegen.

## **6 Rückmeldungen der Einbürgerungsräte**

Wie oben dargelegt, sind in St.Gallen die beiden paritätisch zusammengesetzten Einbürgerungsräte der Ortsgemeinden für die Einbürgerungen zuständig. Die Einbürgerungsräte treffen sich zweimal pro Jahr zu einer gemeinsamen Sitzung, im Mai und im November. Gerne hätte die Stadt St.Gallen mit den Einbürgerungsräten die Interpellation besprochen und ihnen Zeit gegeben, dies auch in ihren entsprechenden Gremien zu diskutieren. Da der Erstunterzeichnete der Interpellation mit einer Verlängerung der Frist für die Beantwortung der Interpellation nicht einverstanden war, konnte dies nur begrenzt gemacht werden. Entsprechend musste auf eine fundierte Rückmeldung der Einbürgerungsräte der beiden Ortsbürgergemeinden verzichtet werden.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation